

Systemwechsel: vom dritten Weg zum ersten, besten Weg



MICHAEL VON PROLLIUS * • Februar 2022

Zusammenfassung

- Aktuell lassen sich unter anderem folgende Trends festmachen: (1) Der Trend zu mehr Staat in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft hält an und wurde mit den Krisen des 21. Jahrhunderts noch einmal akzeleriert. (2) Der Trend zu mehr Zentralismus hat in gleichem Masse zugenommen. (3) Der Trend zur Politisierung weiterer Lebensbereiche hält unvermittelt an, sodass inzwischen sogar Meinungsfreiheit, Sprache, Geschlecht, Identität sowie ein von Nicht-regierungsorganisationen und Staatsführungen «genudgter» Lebenspaternalismus dazugehören. (4) Damit verbunden ist ein Versuch, die bisherigen Spielregeln zu ändern. An die Stelle von Wahrheit soll die richtige Haltung treten: Identität und die Moral einer Gruppe ersetzen Recht.
- Während die Institutionen der alten Ordnung geschliffen werden, zeichnen sich neue erst in Umrissen ab: Bürokratische Steuerung, politische Lenkung, korrekte Gesinnung, Intoleranz im Namen des einzig Wahren. Katastrophismus in der Übergangszeit ist ein Signum: Klimakrise, Artensterben, Corona-Sterben, Übervölkerung usw. Liberale Erkenntnisse und Perspektiven sowie die Gesetze der Ökonomie spielen in der Politik kaum noch eine Rolle. Liberale Sichtweisen, Prioritäten und Plädoyers werden kaum noch verstanden: Freie Meinungsäußerung, Freihandel, freie Märkte gelten vielfach als schädlich. Menschen blicken anders auf die Welt, u. a. identitätspolitisch. Die ökonomischen Gesetze lassen sich indes nicht ausser Kraft setzen und werden daher wieder eine Rolle spielen. Die Inflation ist ein Vorbote.
- Insgesamt lässt sich ein politikökonomisches Spannungsfeld ausmachen: eine zunehmende Konfrontation zwischen dem Staat mit seiner Bürokratie, die auf Normierung, Bewahrung des Status quo und die Abwehr von Unbekanntem ausgerichtet ist, und zunehmend dynamischen, internationalen auf Netzwerken beruhenden Märkten sowie sich ausdifferenzierenden gesellschaftlichen Gruppen.

* Der Autor, Dr. phil., ist Wirtschaftshistoriker und assoziierter Forscher am Liberalen Institut.

Menschen spüren eine Epochenschwelle. Gesellschaft, Wirtschaft, Politik folgen nicht mehr den bekannten Mustern. Etablierte Narrative wirken nicht mehr, neue kommen hinzu. Das Verhältnis Staat und Bürger sowie der Bürger untereinander hat sich verändert. Der schleichende Freiheitsverlust wurde mit der Corona-Politik auf einen Schlag zum Alltag. Einer Studie des Instituts für Demoskopie Allensbach¹ zufolge fühlen sich nur noch 36 Prozent der Deutschen frei (Stand Juni 2021). Für die Freiheit der politischen Meinungsäußerung ist der Wert der niedrigste seit 31 Jahren.

Seit Jahren mangelt es nicht an Elitenkritik, die vom Vorwurf und Phänomen des Populismus begleitet wird. Einer Mehrheit der befragten Deutschen (einer Ipsos Studie² zufolge, die in 25 Ländern mit 19.000 Interviews durchgeführt wurde) ist beispielsweise der Ansicht, die herrschenden Eliten würden sich nicht für hart arbeitende Menschen interessieren. In der Masse der Länder nehmen die Befragten eine Spaltung der Gesellschaft wahr. Vielfach gehört dazu eine Manipulation der Wirtschaft, die 66 Prozent zugunsten der Reichen und Mächtigen manipuliert sehen. Zugleich würden sich traditionelle Parteien und Politiker nicht um normale Menschen kümmern. Mehr als die Hälfte sind für Volksreferenden statt alleiniger Entscheidungen durch Volksvertreter. Und eine wachsende Zahl von Meinungsumfragen³ illustriert, dass europapolitische Akteure, darunter die EU-Parlamentarier, andere Präferenzen haben als die Bürger.

Das Bauchgefühl der Bürger ist begründet. Der Umbruch ist weitreichend. Unterschiede zwischen der alten Systemlogik und einer neuen nehmen Formen an. Eine Spurensuche fördert folgende Merkmale zutage.

Informationssystem

Die Rolle der etablierten Medien hat sich auf vielfältige Weise verändert und mit ihr das Verhältnis der Bevölkerung zu den Medien und den Eliten. Das Internet lässt sich in seinen umwälzenden und herausfordernden Wirkungen mit dem Buchdruck vergleichen. In politikökonomischer Perspektive lässt sich die These aufstellen, dass wir nach einem halben Jahrtausend am Ende des Zeitalters der Aufklärung stehen und die Zeit des herkömmlichen Journalismus vorbei ist.⁴ Stattdessen sind Zeitungen und soziale Medien zu Zentren des Aktivismus geworden, in denen eben Aktivisten tätig sind. Gelesen werden sie wegen ihrer Meinung und Werte sowie der konfliktbeladenen Ablehnung der feindlichen anderen. Journalismus hat sich in dieser Perspektive zu «Crowdfunded Propaganda» und Postjournalismus verwandelt. Das Streben nach Objektivität ist offen normativen Standpunkten gewichen, die Suche nach der Realität den Forderungen, wie die Welt sein sollte. Medien dienen demnach

¹ https://www.ifd-allensbach.de/fileadmin/kurzberichte_dokumentationen/FAZ_Juni2021_Meinungsfreiheit.pdf

² <https://www.ipsos.com/de-de/deutsche-fuehlen-sich-von-eliten-abgehangt-neigen-aber-weniger-zu-populismus-als-andere-nationen>

³ <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftswissen/eu-eliten-das-kartell-der-europapolitiker-1842685.html>

⁴ Andrey Mir: Postjournalism and the death of newspapers. The media after Trump: manufacturing anger und polarization, Toronto 2020.

vorwiegend dazu, die Weltsicht der Abonnenten zu bestätigen – Nachrichten sind längst bekannt.

Diese Korruption von innen äussert sich darin, dass Journalisten (erklärermassen) nicht mehr im Einklang mit den Werten des guten Journalismus handeln, insbesondere dem Streben nach Wahrheit. Für Jonathan Rauch zerstört das die «Constitution of Knowledge», das Generieren und Vermitteln von Wissen, das den Westen bisher ausgezeichnet habe.

Für Martin Gurri (*The Revolt of the Public*) haben es die Informationstechnologien des 21. Jahrhunderts der Öffentlichkeit ermöglicht, die Macht der politischen und medialen Eliten zu brechen. Mit der direkten Kommunikation und flachen Hierarchien sei das Ansehen der alten Eliten unwiderruflich dahin. Zu den alten politischen Institutionen, die nach dem industriellen Prinzip des Taylorismus «top down» konzipiert sind, gehören in dieser Sicht nicht nur Medien, sondern auch Politik, Universitäten und Schulen.

Wer die Missstände sieht, kann dennoch die Ansicht vertreten, wir leben in einem goldenen Zeitalter der Informations- und Kommunikationstechnologie. Nie war der globale Informationsaustausch, auch wissenschaftlich, einfacher möglich.

Bestätigung für ein ungutes Bauchgefühl liefert die Empirie. Die Freiheit des Internets wird global kontinuierlich eingeschränkt. Das Freedom on the Net Project⁵ registrierte das elfte Jahr in Folge eine abnehmende Freiheit. Der World Press Freedom Index⁶ ist sogar in 73 Prozent der Länder der Welt verboten. Auch in westlichen Ländern sind die Beispiele für eine durch die Regierung beförderte Zensur durch eindeutige Verstösse gegen Meinungs-, Wissenschafts- und Pressefreiheit Legion. Dabei sind es die unbequemen, abweichenden, quer gedachten Einsichten, die uns lernen lassen.

Geldsystem

Zentralbanken sind Inflationsbehörden. Seitdem es Zentralbanken gibt, verringern sie die Kaufkraft der Währungen. Hyperinflationen werden von ihnen verursacht. Ihre Geschichte ist durch Phasen relativer Stabilität und akuter Krisen gekennzeichnet. In den letzten 20 Jahren haben die grossen Zentralbanken ihre Rolle und Tätigkeiten noch einmal akzentuiert, um es diplomatisch zu formulieren. Das «Whatever it takes» von Ex-EZB-Chef Draghi am 26. Juli 2012 war und ist ein Wegweiser, nämlich jedwede geldpolitische Massnahme zur Erhaltung des Euro-Systems zu ergreifen inkl. einer Bazooka.

Das, was früher ein geldpolitisches Tabu war, ist heute alltägliche Praxis. So betreibt die EZB offen Staatsfinanzierung, Unternehmensfinanzierung und Wirtschaftspolitik, darunter seit Juli 2021 Klimapolitik, u.a. durch die Offenlegung, die Ri-

⁵ <https://freedomhouse.org/report/freedom-net/2021/global-drive-control-big-tech#Internet>

⁶ <https://rsf.org/en/ranking>

sikobewertung und Entscheidung über Sicherheiten und Ankäufe von Vermögenswerten. Als ein Meilenstein geänderter Systemlogik kann die Entscheidung der Fed gesehen werden, keine Krisenbereinigung nach der geplatze Dotcom-Blase 2000 zuzulassen. Stattdessen sollten zunächst Zinssenkungen die Bereinigung abmildern und einen neuen raschen Aufschwung ankurbeln. Nach der dadurch verursachten (multifaktoriellen) grössten Finanzkrise seit dem Zweiten Weltkrieg und der sich anschliessenden Grossen Rezession wurden Null- und Negativzinsen realisiert und zusammen mit der digitalen Notenpresse eine grosse Umverteilung forciert. Nach der Vermögenspreisinflation werden Geldentwertung und Teuerung inzwischen auch in der Konsumentenpreisinflation sichtbar.⁷ Die vermeintlich neutralen Technokraten in den Zentralbanken sind inzwischen Aktivisten einer Interessenpolitik, die nicht nur die angestammten Geschäftsmodelle von Geschäftsbanken und Lebensversicherern beendet haben, sondern in ihrem Wesen zutiefst antisozial ist.

Zu den Merkmalen und Konsequenzen der Inflationspolitik zählen: das Aufpumpen von Geld- und Kreditblasen, die über den Globus wabern, das künstliche Steigern von Vermögenswerten, darunter Aktien und Immobilien, die Finanzierung immer grösserer Staatsausgaben, die Teuerung von Alltagsgütern, die künstliche Senkung der Zinsen auf Null und ins Negative sowie asoziale Auswirkungen für die untere Mittelschicht. Das wird noch gravierende Folgen für alte Menschen haben.

Die Inflationspolitik verzerrt die Preise, führt zu Fehlallokationen, hat Zombieunternehmen geschaffen und macht Immobilien für einfache Menschen unbezahlbar. Das Geldsystem hindert finanzschwache Menschen, aus eigener Kraft das eigene Leben und das der Kinder durch Sparen zu verbessern, zementiert damit ihren Status quo. Das war in drastischer Form in der Zeit nur vor der Industrialisierung und vor dem Kapitalismus der Fall. Die Geldpolitik spaltet die Gesellschaft in Profiteure, die über Kapital verfügen, und Verlierer, deren Lebensstandard relativ und absolut stagniert bzw. sinkt.

Thomas Mayer, Leiter des Flossbach von Storch Research Instituts, bezeichnet die Änderung des Geldsystems als «Liraisierung des Euro». Der Euro ist zu einer Schwachwährung wie früher die belächelte Lira mit erheblichem Kaufkraftverlust umgestaltet worden, um die Staatsfinanzierung zu ermöglichen und eine Umverteilung von den Bürgern zum Staat zu gewährleisten. Die als überzogen abgetanen Warnungen vor einer Euro-Misere seit den frühen 1990er Jahren waren leider gerechtfertigt.

Wirtschaftssystem

Auffällig ist, dass es für Wirtschaft und Gesellschaft in der Übergangsphase zwischen dem 20. und 21. Jahrhundert keine prägnante Charakterisierung gibt. Bezeichnungen des alten Systemwettbewerbs müssen bislang erhalten, darunter Kapitalismus und Sozialismus, obwohl es beide längst nicht mehr in ihrer Gestalt des

⁷ Nach Gunther Schnabl beträgt die Konsumentenpreisinflation im November 2021 zwischen 8 und 10 Prozent. <https://altersvorsorge-neu-gedacht.de/506993/Verzerrte-Statistik-Die-Inflation-koennte-derzeit-bei-8-bis-10-Prozent-liegen>

19. und des 20. Jahrhunderts gibt. Die Zeit des Neoliberalismus ist selbst in den Augen linker, dem Sozialismus nahestehender Neoliberalismus-Kritiker zu Ende. Bei der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland gilt das faktisch indes bereits seit dem Ende der 1960er Jahre mit dem Wechsel zur sogenannten «aufgeklärten Marktwirtschaft» unter Karl Schiller. Mit dem Stabilitäts- und Wachstumsgesetz von 1967, in dem der Staat die Verantwortung für die Wirtschaft an sich zog, wurde das Mischsystem einer staatlich überformten Wirtschaft etabliert.⁸

Strukturenreformen, insbesondere für die staatlichen sozialen Sicherungssysteme, sind mindestens zwei Jahrzehnte intensiv diskutiert worden und seit der Finanz- und Staatsschuldenkrise 2008 vom Tisch. Es kam zum Vordringen eines überbordenden Konsumenten-Paternalismus und zum Aufbau eines Nanny-States. Flankierend folgten weitere beträchtliche etatistische Schübe, darunter

- der Finanzkrisen-Etatismus mit einer Sozialisierung der Schulden und Privatisierung der Gewinne bei ausser Kraft gesetzter Einheit von Handeln und Haf-ten,
- der staatlich dirigierte Umbau der gesamten Energiewirtschaft mit massiven Umverteilungen durch Subventionen,
- der Corona-Etatismus mit den tiefsten Eingriffen in Wirtschaft und Gesellschaft seit dem Zweiten Weltkrieg angesichts derer das weitgehende Ausserkraftsetzen von Insolvenzen beinahe als Marginalie erscheint.

Inzwischen ist Industriepolitik auch auf europäischer Ebene längst etabliert. Während das Geldsystem von Italien übernommen wurde, wurde als Wirtschaftssystem das französische Modell zum Vorbild. Im Gegenzug scheint die EU von Deutschland das Transfersystem übernommen zu haben, das schlecht wirtschaftenden Bundesländern den Reformdruck nimmt, weil relativ prosperierende Bundesländer Transferzahlungen leisten. Die EU ist längst eine Schulden- und Transferunion, die Maas-trichtverträge mit sanktionierten Schuldenobergrenzen waren nur ein Intermezzo. Zum Umbau des Wirtschaftssystems gehört auch, dass Nationalstaaten wie auch die EU offen die Aufgabe übernommen haben, Innovationstreiber sein zu wollen. Ausmass der Staatstätigkeit und der Staatsverschuldung kennen seit der Finanz- und Staatsschuldenkrise nur eine Richtung: beschleunigtes Wachstum. Umverteilung und Subventionen, das ist die dominierende Antwort auf alle tatsächlichen und fiktiven Probleme: Wirtschaft gilt politisch als Nullsummenspiel, Geld als nahezu beliebig ver-teilbar. Ordnungspolitisches Denken ist verschwunden.

Produktivitätsproblematik

Der Etatismus geht mit einem anderen Phänomen einher: Sinkendes Produktivitätswachstum ist zu einem Merkmal der westlichen Wirtschaftsordnung geworden. Das bedeutet, Unternehmen haben die Fähigkeit und ihr Management die Anreize

⁸ Statt vieler anderer wegen des treffenden Titels: Matthias Erlei: Die Institutionen der Sozialen Marktwirtschaft erodieren mit steigender Geschwindigkeit, in Wirtschaftliche Freiheit am 24.06.2014 und Michael von Prollius: Deutsche Wirtschaftsgeschichte nach 1945, Göttingen 2006, 144-179.

verloren, die Arbeitsproduktivität hinreichend zu steigern. Die Kapitalbasis ist zu gross, unproduktives Kapital wird erhalten statt zerstört und umstrukturiert. Die Zahl der Zombie-Unternehmen (also Unternehmen, die auf einem freien Markt ohne Staatsinterventionen aufgrund ihrer zu geringen Wertschöpfung zugrunde gegangen wären und ihre Ressourcen damit produktiveren Akteuren hätten überlassen müssen) steigt und macht bereits einen zweistelligen prozentualen Anteil der Unternehmen aus. Das im Überfluss vorhandene Kapital wird nicht für Investitionen genutzt. Ohne Investitionen keine Innovationen. Die Arbeitsproduktivität stagniert, sinkt in einigen Branchen, ist im letzten Jahrzehnt so niedrig wie nie zuvor, und der Trend zeigt bereits seit den 1960er Jahren abwärts.

Das überrascht nicht, weil sich der Spielraum des Unternehmerhandelns ständig reduziert: Preise, Löhne, Mieten, Einstellung und Kündigung von Mitarbeitern, Werbung, Zinsbildung, Gewinnausschüttung, Bauen usw. sind nicht frei möglich, sondern gebunden.

Ein neues Muster hat Alexander Horn nach überwundenen Wirtschaftskrisen in Deutschland und Europa identifiziert. Unternehmensinvestitionen bleiben aus: «Nach der Finanzkrise 2008 in Europa gelang es in der gesamte EU nicht, die wichtigen Ausrüstungsinvestitionen wieder auf das Vorkrisenniveau zu steigern. In Deutschland erreichten Investitionen in neue Maschinen und Produktionsanlagen erst 2015 wieder das Vorkrisenniveau.»⁹ Der Kapitalstock im verarbeitenden Gewerbe sinkt im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung und wuchs dabei um magere 2,4 Prozent im Jahrzehnt nach 1995. Die Deindustrialisierung ist in vollem Gange, besonders intensiv in energieintensiven Branchen.

Es kommt zu einer dauerhaften Verlangsamung des Produktivitätswachstums, des Wirtschaftswachstums und der Wohlstandsentwicklung. In den USA hat Tyler Cowen mit *The Great Stagnation* (2011) frühzeitig auf das Phänomen hingewiesen und auf die amerikanische Kultur bezogen *The Complacent Class (Die selbstgefällige Klasse, 2017)* diagnostiziert. Konformismus, Sicherheitsdenken und Orientierung am Status quo, der Verlust von Risikobereitschaft und zunehmende Innovationsfeindlichkeit sowie Abwendung von der Marktwirtschaft gehören dazu.

Bildung und Gesundheit

Für das Wirtschaftssystem und seine Subsysteme, darunter gerade auch das Gesundheitswesen, gilt: Langfristig erfolgreich sind nur anpassungsfähige Systeme. Das liegt an den komplexen dynamischen Herausforderungen in ihrer Umwelt. Neue Technologien, neue Organisationsformen und Prozesse, Innovationen machen den Unterschied – nicht die Verteilung von Ressourcen. Je stärker Politiker und Bürokrata-

⁹ Alexander Horn: Geld schafft keinen Wohlstand, in *Novo Argumente online* vom 08.09.2021. https://www.novo-argumente.com/artikel/geld_schafft_keinen_wohlstand

ten die Wirtschaft steuern statt Märkte, umso weniger Dynamik und Prosperität werden sie erzielen und umso stärker schwindet das Wissen und die Bereitschaft, selbstständig unternehmerisch tätig zu werden.

Die Probleme eines bürokratischen Etatismus werden in zwei Bereichen sichtbar, die eigentlich Wachstumsbereiche sein sollten: Bildung und Gesundheit. Hier sollten Beschäftigung und Ressourceneinsatz sowie Innovationen führend sein. Jedoch ist der Staatseinfluss maximal. Bei allen Bemühungen der Lehrer ist Schule die Antipode zu Innovationen. Der Zustand der Gebäude und die Klassengrößen sowie die von Bildungskommissionen festgelegten Standards entsprechen vormodernen Zeiten. Das gilt auch für die traditionellen Fächer und das Lernen selbst. Verwundern sollte das niemanden. Staatliche Interventionen, Regulierung, Kontrolle, organisierte Interessen der Lehrer, kaum aber der Eltern und Schüler, sind hier dominant – zahlende Konsumenten mit Mitsprache und Abwanderungsmöglichkeit: Fehlanzeige. Dabei geht es viel moderner, innovativer und flexibler wie z. B. einige elitäre internationale Schulen bereits zeigen, von Bildungsfreiheit ganz zu schweigen.

Bei Gesundheit und Bildung kontrollieren die Regierungen die Kommandohöhen und sehen die Bereiche als zu kommandierende Bereiche an. Die Folgen sind bekannt: Ärztemangel, panikartig befürchteter Intensivbettenmangel, Rationierung und Warteschlangen; Schüler gehen mit Begeisterung zur Schule, die nach der 2. Klasse versiegt, die Digitalisierung von Schulen muss erst auf die Elektrifizierung warten. In den meisten Staaten bezahlen die Konsumenten der Leistungen von Bildung und Gesundheit nicht selbst. Vor allem der Staat nutzt das Steueraufkommen seiner Bürger zur Bezahlung, so dass in Industriestaaten nur noch rund 20 Prozent direkt von Konsumenten bezahlt wird.¹⁰ Zugleich senken grössere Kostenbeteiligung durch Patienten, deren Gesundheitsausgaben, ohne deren Gesundheit zu verschlechtern. Wie wohl ein marktwirtschaftliches Gesundheitssystem auf Corona-Herausforderungen reagiert hätte? Wir werden die Alternative zur Rationierung nie erfahren.

Gesellschaft

Gesellschaften unterliegen einem steten, zuweilen diskontinuierlichen Wandel. Regelmässig sind sichtbare Veränderungen, über die entschieden werden soll, umstritten, während langfristige inkrementale Abweichungen erst bei Überschreiten eines Schwellenwertes für Aufregung sorgen, etwa das Entstehen einer Parallelgesellschaft in einem Stadtviertel oder ein regulativer Kollaps. Nachfolgend werden selektiv Anzeichen für grundlegende Veränderungen thematisiert.

Seit Langem bekannt ist, dass die etablierten Institutionen Religion, Familie und Eigentum erodieren. Teils wird ein offener Kampf gegen sie geführt, teils erscheinen sie Menschen nicht mehr zeitgemäss. Ein Kulturkampf ist dann sichtbar, wenn es um Sieg und Niederlage geht, etwa beim Kampf gegen eine stigmatisierte Gruppe, die als «weisses Patriarchat» bezeichnet wird. Sowohl wachsender Wohlstand als

¹⁰ <https://www.nationalaffairs.com/publications/detail/the-new-commanding-heights>

auch der Wegfall absurder Gesetze, die die Selbstbestimmung von Frauen beschränkten, sowie das Experimentieren mit Alternativen zur klassischen Familie haben zu mehr Alleinerziehenden und zu sogenannten Patchwork-Familien geführt, die wiederum neue Probleme hervorgebracht haben.

Der Niedergang des klassischen Bürgertums dürfte im Zusammenhang stehen mit einer sinkenden Zahl selbständiger und wachsenden Zahl (staatlicher) Angestellter. Hinzu kommt, dass nahezu jeder Bürger ein Transferempfänger ist. Schliesslich wird versucht, die öffentliche Meinung auf Konsens auszurichten – politisch korrekt denken und sprechen.

Insgesamt scheint das Bürgertum mit seinen klassischen Werten an Bedeutung zu verlieren. Kritisiert werden die Übernahme vieler privater, familiärer, nachbarschaftlicher Aufgaben durch den Staat und die gleichzeitige Ökonomisierung und Besteuerung vieler privat organisierter Dienstleistungen. Zugleich gibt es bei Teilen der heranwachsenden Generation wieder ein Interesse an Bürgerlichkeit mit festlicher Kleidung und formalen Feiern. Es liegt ein tieferer Sinn in der Formel, ohne Bürger ist kein Staat zu machen.

Da Menschen Zusammenhalt suchen und benötigen, sich viele Institutionen im Wandel befinden, ist Identitätspolitik ein Versuch, für Kohäsion zu sorgen. In unsicheren Zeiten wächst zudem die Nachfrage nach einfachen Lösungen, die Personen mit Affinität zur Macht gerne anbieten. Inwiefern ein postdemokratischer Machtkampf bereits entbrannt ist, wäre eine eigene Untersuchung wert.

Aussenpolitische Veränderungen

Nach dem Epochenende des Kalten Kriegs und den Freiheitsrevolutionen in Osteuropa zeichnet sich die internationale Lage aus durch

- eine rasch zunehmende, zuletzt durch die Corona-Politik abgebremste Globalisierung, verstanden als Verflechtung von Arbeitsteilung, von weltweitem Handel und globaler Kommunikation,
- einen permanenten Kriegszustand der unipolaren Weltmacht USA, insbesondere als Reaktion auf die Anschläge am 11. September 2001, der mit den Truppenabzügen aus Afghanistan und Irak absehbar nicht beendet sein wird, wenn auch Präsident Biden das Ende grosser Militäroperationen zur Umgestaltung von Staaten angekündigt hatte,
- den rasanten Aufstieg von China zur zweiten Supermacht, deren ökonomische und militärische Potenziale die der USA übersteigen werden und diese wie kaum zuvor ein Staat herausfordern werden,
- eine international weitgehend gleichlaufende Politik, die durch staatliche Lenkung den Klimawandel aufhalten soll, die durch Impfen der Weltbevölkerung die Corona-Pandemie besiegen soll und die mit weltweiten Mindeststeuern den Steuerwettbewerb abwürgt.

Die staatliche Steuerung fügt sich ein in die Politik zahlreicher Auslandsinterventionen. Massiv intensiviert wurden diese mit den Kriegen der USA in Afghanistan und Irak, die von einer Koalition der Willigen unterstützt wurden, im Anschluss an die Einsätze auf dem Balkan, darunter KFOR, IFOR, SFOR. Nicht zuletzt unter dem Rubrum «Krieg gegen den Terror» geführt, ist damit das Ziel verbunden, gegen die Taktik Terrorismus einen Krieg zu führen. Inzwischen werden selbst nicht politische motivierte Gewalttaten als Terrorismus bezeichnet.

Die Bilanz der Auslandseinsätze ist insgesamt unbefriedigend. Die Versuche des Nation- und Statebuilding sind fast durchweg gescheitert. Die Zahl der Terroristen hat nicht abgenommen. Die Kosten sind horrend:

- Die USA führen derzeit Anti-Terror-Operationen in 85 Staaten durch.
- Seit 9/11 haben infolge der US-Einsätze 38 Millionen ihre Heimat verlassen (müssen).
- Die Kosten der militärischen Einsätze seit 9/11 betragen 8 Billionen (sic!) US-Dollar.

Umfangreiche Informationen bietet das «Cost of War» Projekt der Brown University.

Die Zahl der Toten beträgt Schätzungen zufolge rund 1,5 Millionen Menschen, darunter ca. 300.000 Kinder. Hinzu kommen die ungezählten Verwundeten und Verletzten, rund 20 Suizide werden von amerikanischen Militärs täglich verübt, seit 2014 sind das 45.000 US-Soldaten und Veteranen mit enorm vielen Fällen von unter 30 Jährigen. Zu den Kosten gehören auch die Militarisierung der Polizei in den westlichen Staaten und die propagandistisch übertriebene Terrorgefahr. Die Folgen für die Bürgerrechte in den USA werden als fatal eingeschätzt. Der zwei Jahrzehnte währende Krieg hat die USA politisch und sozial geprägt. Kriege bieten stets die Möglichkeit zur Konzentration von Macht und deren Ausweitung.

In den USA wächst das Lager der Kritiker von Interventionen zum Umbau von Staaten¹¹ und der Befürworter einer Politik des «restraint», der Zurückhaltung.¹² Die Einschätzung der amerikanischen Aussen- und Sicherheitspolitik ist nicht nur im Land selbst im Wandel – auch international wird sie immer weniger als gute Schutzmacht wahrgenommen, sondern zunehmend als Leid bringendes Kriegsimperium.

In Europa wurde die gemeinsame Aussen- und Sicherheitspolitik der EU vorangetrieben. Deren Ausbau zunächst als Wirtschafts- und Währungsunion wurde gegen Widerstände durchgesetzt und die Mitgliederzahl mehr als verdoppelt. Das geht mit Spannungen einher, insbesondere mit Ost- und Südeuropa. Grossbritannien hat

¹¹ Siehe statt anderer Michael Mandelsbaums Buch *Mission Failure: America and the World in the Post-Cold War Era* – hier mit einer wohlwollenden Wiedergabe der Kernaussagen: <https://www.washingtoninstitute.org/policy-analysis/mission-failure-book-review> sowie Alexander Cooley and Daniel Nexon: *Exit from Hegemony. The Unraveling of the American Global Order*, New York 2020 und deutschsprachig Bernd Greiner: *Made in Washington: Was die USA seit 1945 in der Welt angerichtet haben*, München 2021.

¹² Einen Überblick über die bereits erreichte Breite des Ansatzes gibt das kritisch-konstruktive Überblickspapier der RAND Organisation: *Implementing Restraint*, Stand November 2020, von Miranda Priebe et al. https://www.rand.org/pubs/research_reports/RRA739-1.html

die EU verlassen. Die Spannungen mit Russland, das wieder aktiv sicherheitspolitische Ziele verfolgt, sind zurückgekehrt. Realpolitisch sinkt die Bedeutung Europas, was mit schwächelnder wirtschaftlicher Kraft und Produktivität korrespondiert. Komplexität und Dynamik haben aussen- und sicherheitspolitisch stark zugenommen, ohne dass erkennbar wäre, dass Politik und Administration über geeignete Sichtweisen und Instrumente verfügen.

Annäherung an das neue System

Für das neue Wirtschaftssystem des Westens bietet Randall G. Holcombe, Professor an der Florida State University, eine Bezeichnung an: Wir leben im «politischen Kapitalismus», d. h. in einer politisch überformten Marktwirtschaft.¹³ Dabei handelt es sich nicht einfach um eine Mischung aus Politik und Marktwirtschaft, sondern um ein eigenständiges System. So ermöglichen die spezifischen Institutionen dieser Form einer politisierten Wirtschaft der ökonomischen und politischen Elite eines Landes, öffentliche Politik nach ihren Interessen und zu ihrem Vorteil zu gestalten. Gewinner sind diejenigen, die politisch mitspielen können. Vetternwirtschaft oder Filzokratie ist nicht die Ursache, so Holcombe, sondern die Folge des Systems.

Die politische Elite werde von der ökonomischen getragen, der wiederum Privilegien eingeräumt werden («rent seeking» und «regulatory capture»). Ein Wesensmerkmal ist, dass die Vorteile auf wenige Menschen konzentriert werden, während die Kosten viele zu tragen haben. Besonders gravierend sei die unbeschränkte Macht der Staatsführung, weshalb die Mächtigen das System so gestalten können, dass sie ihren Elite-Status behalten. Das Problem sei offensichtlich nicht ungezügelter Kapitalismus, sondern ungezügelter Politik. Die Eliten stellen ihre Interessen über die der Massen und lenken die Marktwirtschaft, den Wohlstand für jedermann, für ihre Zwecke um.

Was inzwischen auch andere Beobachter bemerken, ist die unheimlich anmutende Nähe zu einem historischen Wirtschaftssystem. Am nächsten komme dem Typus des Politischen Kapitalismus, so Holcombe, die faschistische Wirtschaft in Deutschland zwischen den Weltkriegen. Tatsächlich war das dort auch freie, wenn auch vielfach gebundene und gelenkte Unternehmertum auf vielfältige Weise mit dem damaligen Primat der Politik verflochten mit dem Ergebnis, dass ein eigener Typus eines Wirtschaftssystems entstand. Ein fundamentaler Unterschied besteht indes im Ziel, das die Nationalsozialisten mit ihrer Politik verfolgten: Kriegsrüstung. Da Vergleichen nicht Gleichsetzen bedeutet, lohnt es sich die Organisation der Wirtschaft in den 1930er Jahren nach politischen Massgaben sowohl ideengeschichtlich als auch wirtschafts- und geldpolitisch intensiv zu studieren.¹⁴

¹³ Randall G. Holcombe: Political Capitalism. How Economic and Political Power is Made and Maintained, Cambridge University Press, Cambridge 2018.

¹⁴ Siehe dazu Michael von Prollius: Die national-sozialistische Wehrwirtschaft – eine kollektivistische Organisation von Herrschaft und Gesellschaft, Working Paper Forum Freie Gesellschaft. <https://forum-freie-gesellschaft.de/die-national-sozialistische-wehrwirtschaft-eine-kollektivistische-organisation-von-herrschaft-und-gesellschaft/>

Holcombe verbindet fruchtbar etablierte Theorien: Wirtschaftssystem plus Elitentheorie plus Public Choice plus Regulierungsstaat mit politischen Interessengruppen, die erfolgreiches Rentenstreben betreiben. Der problematische Wohlfahrtsstaat tritt als Umverteilungsstaat in Erscheinung, kann jedoch allein das Phänomen nicht erklären. Das gleiche gilt für die viel beklagte Rückkehr zum Sozialismus, die nicht stattfindet.

Das Konzept des Politischen Kapitalismus kann erklären, warum eine zuweilen dezidiert unternehmerfeindliche Politik und die nicht nur ökonomisch nicht nachhaltige Klimapolitik praktiziert werden genauso wie die viel beklagte Abkopplung der Eliten von der Realität. Die Beobachtungen von Wolfgang Sofsky in *Macht und Stellvertretung*¹⁵, passt hier ideal dazu, wonach es zu einer Umwandlung des Gefolgschaftsverhältnisses von Wähler und Gewählten gekommen ist – also von Politiker beauftragenden zu Politikern Gehorsam schuldenden Bürgern.

Nach dem Ende der Sozialen Marktwirtschaft sowie der aus der Verankerung gerissenen Geldpolitik erscheint angesichts der ohnehin unaufhörlichen Forderungen nach einem Primat der Politik der Begriff und das analytische Rüstzeug des Politischen Kapitalismus geeignet, um das entstandene neue System in den USA, aber auch Deutschland und der EU zu kennzeichnen. Zugleich gibt es konkurrierende Begriffe.

Neo-Protektionismus: Die aus der Schutzzoll-Mottenkiste hervorgekramte Abschottung und Konservierung nicht wettbewerbsfähiger Unternehmen eignet sich nicht, um die Änderung des Wirtschaftssystems insgesamt zu erfassen.

Neo-Merkantilismus beinhaltet zwar den selbstbezogenen Etatismus einschliesslich der Bereicherung der Staatsführung und den Protektionismus, aber nicht die Lenkung und Steuerung sowie die umfassende Regulierung der postmodernen Wirtschaft.

Der Begriff Politischer Kapitalismus birgt auch Nachteile. Kapitalismus ist eine eher amerikanische Bezeichnung. Im deutschsprachigen Raum wird damit vor allem die Herrschaft des Kapitals bezeichnet, die jedoch nicht herrscht und auch nicht in einem Bündnis mit der Staatsführung. Eine dritte Alternative lautet:

Neo-Feudalismus. Der ursprünglich politisch linke Begriff kritisiert eine privilegierte Finanzelite. In diesem Punkt ist der Begriff für Liberale anschlussfähig. Verglichen wird der Feudalismus des Mittelalters und der Frühen Neuzeit mit dem Herrschaftsprivileg des Adels qua Abstammung und Berufung auf Gott mit der modernen privilegierten Finanzelite oder in erweiterter Form als informelles Bündnis zwischen «Big Business» und «Big Government» wie es bei der Finanz- und Staatsschuldenkrise weithin sichtbar wurde. Zugang und Aufstieg, etwa durch Bildung, bleiben demnach beschränkt, weil der Reichtum der Finanzelite eine Geburt in einer solchen Familie zur Voraussetzung haben kann. Allerdings erscheint ein politischer Aufstieg durch Mitgliedschaft in einer Partei und Karriere nach parteipolitischen Regeln ähnlich

¹⁵ Wolfgang Sofsky: *Macht und Stellvertretung*, London, Leipzig, Wrocław 2019.

offen wie eine Karriere in der Staatsbürokratie. Zutreffend erscheinen indes die für diese Gruppen geltenden Privilegien mit denen Beamte und (hochrangige) Politiker sich von normalen Bürgern unterscheiden. Früher war das dem König oder Regenten mit einem anderen Titel, seinem Hofstaat und seiner Verwaltung vorbehalten. Heute sind das Parteien und Netzwerke, die politisch und ökonomisch ihren Vorteil zum Nachteil vieler Bürger organisieren und rechtlich ungleich behandelt werden.

Merkmale des neuen Systems

Interventionismus ist ein System von Eingriffen, das darauf zielt, andere Ergebnisse hervorzubringen als es die freie Koordination der Menschen zeitigt. Die Eingriffe, die in das Eigentum erfolgen und dessen Verwendung beschränken, sollen einzelne Gruppen besserstellen. Ein ausufernder Interventionismus führt nicht zum Sozialismus, sondern zu einer staatlich gebundenen und gelenkten Wirtschaft. Interventionismus zielt nicht von Beginn an auf eine vollständige Umwälzung von Wirtschaft und Gesellschaft.

Interventionismus ist Teil des **Etatismus**, einer Politik, die die Zuständigkeit des Staates zu Lasten der nicht dem Staatsapparat angehörenden Bürger auszuweiten sucht. Interventionismus ist ein heute weniger verbreiteter Begriff als Regulierung. Interventionismus führt zwangsläufig zum Ausbau von Bürokratie und damit zum Freiheitsverlust für die Individuen

Regulierung bezeichnet ebenfalls Eingriffe in den Markt, um Unternehmen und Verbraucher zu einem anderen Handeln als dem von ihnen beabsichtigten zu veranlassen. Regulierung wird auch zur Beschränkung des Wettbewerbs von Unternehmen nachgefragt. Die Aufgabe der Verwaltung besteht darin zu normen, Standards als Routinen zu fixieren, Abweichungen von der Norm zu vermeiden und diese Neuerungen als Störungen zu sanktionieren.

Dirigismus bezeichnet schliesslich eine staatliche Lenkung der Wirtschaft, die insgesamt noch wenig systematisch erfolgt, sich in einem Punktualismus verlieren kann und nicht das Ausmass und den Charakter einer Zentralverwaltungswirtschaft annimmt.

Alle Begriffe werden uneinheitlich verwandt und sind offenkundig nicht trennscharf. Interventionismus, Etatismus, Regulierung und Dirigismus sind zugleich Begriffe, die zur Politik des «Dritten Weges» gehören. Unter dem Rubrum Bürokratisierung lässt sich die zunehmende Staatstätigkeit in Wirtschaft und Gesellschaft heute treffender fassen als unter Sozialismus.

Bürokratie – in der übersteigerten Form als Bürokratismus – ist die Herrschaft des Büros bzw. der Verwaltung. Innerhalb einer festen Hierarchie nehmen die Bürokraten festgelegte Kompetenzen wahr. In positiver Form geschieht dies sachkundig, rational und rechtsgebunden, so dass die Vorschriften dem menschlichen Zusammenleben dienen und Vorschriften nicht über den Menschen gestellt werden. Das Problem ist nicht die Bürokratie an sich, sondern ihre Ausdehnung und ihre Existenz

in Lebensbereichen, in denen sie nichts zu suchen hat. Dort werden nämlich Lebensräume nach dem Vorbild einer Amtsstube organisiert. Dementsprechend gehören Bürokratisierung und Gleichheit zusammen. Die egalitäre Gesellschaft ist ein dystopischer Fluchtpunkt, in der jeder das ihm zugewiesene erhält: Sozial gleich, sozial gerecht, «klimagerecht».

Ende 1991 waren in der Schweiz 18 Prozent aller Stellen (ohne Landwirtschaft) in den Bereichen Verwaltung, Gesundheitswesen und Bildung angesiedelt. Ende 2020 waren es dem Bundesamt für Statistik¹⁶ zufolge bereits 27 Prozent – das ist mehr als jeder vierte Arbeitnehmer.

68 Prozent einer vom Institut für Mittelstandsforschung¹⁷ Bonn veranlassten Befragung von fast 1.400 Unternehmen haben (sehr) schlechte Erfahrungen mit Bürokratie gemacht. Die zu beachtenden Vorschriften erfordern eine aufwändige Dokumentation, sind unverständlich formuliert und ergeben im Allgemeinen keinen Sinn. Allein die Aufbewahrung von Rechnungen und die Abgabe der Steuererklärung kosteten 2017 deutsche Unternehmen jeweils mehr als 3 Milliarden Euro.

«Bürokratisch heisst die Art der Geschäftsführung, die sich an genaue Regeln und Vorschriften halten muss, welche wiederum von der Autorität einer übergeordneten Person festgelegt werden», konstatiert Ludwig von Mises und fährt fort: «Die Aufgabe des Bürokraten liegt in der Ausführung dessen, was diese Regeln und Vorschriften ihm auftragen. Seine Freiheit, nach eigener, bester Überzeugung zu handeln, wird durch sie bedeutend eingeschränkt.»¹⁸ Bürokratie, das ist ein Staat im Staat mit eigener Logik, eigenem Recht und vielen Privilegien. Der Sektor zeichnet sich zudem dadurch aus, dass Handeln und Haften für alltägliche Dinge entkoppelt sind. Schlechte Staatsleistungen haben keine direkten Konsequenzen. Das Produkt wird weiter angeboten, zumeist ohne Alternative.

Der Interventionismus ist weit davon entfernt, bis zur letzten Konsequenz getrieben zu werden. Inkonsequenz und Ziellosigkeit, zuweilen irritierendes Zögern und Zaudern kennzeichnen diesen derzeitigen Interventionismus.

Neue Spielregeln

Schliesslich treten Sonderinteressengruppen auf, die zunehmend als Aktivisten bezeichnet werden, und «politische Korrektheit» sowie «soziale Gerechtigkeit» propagieren – unter diesen Slogans werden auch Sonderstellungen für Gruppen eines oder vieler Geschlechter, für Sexualität und für Rassen gefordert. Den Aktivisten geht es dabei nicht um rechtliche Gleichbehandlung unter der Herrschaft des Rechts.

Der amerikanische Ökonom, Wissenschaftler und Blogger der ersten Stunde Arnold Kling hat nunmehr eine spannende, erhellende Erklärung für den Aktivismus

¹⁶ https://www.nzz.ch/meinung/die-grosse-entfremdung-unternehmen-hoert-die-signale-ld.1613408?kid=nl175_2021-4-28&mktcid=nl&ga=1&mktcval=175&trco=&reduced=true

¹⁷ <https://www.iwd.de/artikel/das-refit-programm-458216/>

¹⁸ Ludwig von Mises: Die Bürokratie, 2. Auflage St. Augustin 2004, 59.

skizziert.¹⁹ Seine Perspektive ist die des Spiels, in dem es Gewinner und Verlierer gibt. Das Spiel wird um Status, um Ansehen und Einfluss gespielt. In der Moderne wird in liberalen Gesellschaften nach Regeln gespielt, die sich auszeichnen durch: die Suche nach objektiver Wahrheit, das Formulieren von Thesen und deren nachvollziehbare und überprüfbare Begründung sowie eine kritische Diskussion. Dem liegt das wissenschaftliche Verfahren zugrunde.

Die Aktivisten können in diesem Spiel nicht mithalten. Sie können nicht die Leistungen erbringen, um den von ihnen gewünschten Status zu erlangen. Folglich versuchen sie das Spiel selbst zu ändern, d. h. sie ändern die Regeln, sie spielen nicht nach den Regeln, die das Fundament der liberalen Gesellschaften des Westens gebildet haben.

An die Stelle von gleichem Recht für alle, von transparenten, überprüfbaren Verfahren in der Suche nach objektiver Wahrheit tritt Identität, d. h. Gruppenzugehörigkeit. Wolkige Forderungen nach «sozialer Gerechtigkeit» bestehen insbesondere in Privilegien für einzelne Gruppen, vor allem ethnische und sexuelle Minderheiten. Identität ist in dem neuen Spiel die einzige Wahrheit. Mit den Worten von Arnold Kling: «People who are not satisfied with their status under the liberal-values game are trying to change the rules in order to gain status for themselves.»

Das erklärt die Angriffe auf weisse Männer. Deren Statusverlust ist nicht nur ein Statusgewinn für die Aktivisten, sondern auch eine Regeländerung. Entschieden wird nunmehr nach der Identitätsregel. «Soziale Gerechtigkeit» ist zu einer Waffe geworden. Das Ziel sind erfolgreiche Menschen, die z. B. eine politisch inkorrekte Äusserung getätigt haben oder nicht genug zur «sozialen Gerechtigkeit» beigetragen haben (sollen).

Tragischerweise schaden die neuen Spielregeln – von wenigen Profiteuren abgesehen – fast allen anderen Menschen.

Fazit und Ausblick

Welche Trends lassen sich bilanzieren?

1. Der Trend zu mehr Staat in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft hält an und wurde mit den Krisen des 21. Jahrhunderts noch einmal akzeleriert. Das Verhalten vieler westlicher Staatsführungen wird dabei als zunehmend autoritär wahrgenommen. Die Substanz der Eingriffe unterscheidet die neue von der alten Welt, deren ideologische Grundlage ebenfalls.
2. Der Trend zu mehr Zentralismus hat in gleichem Masse zugenommen. Das gilt für Deutschland und die Schweiz genauso wie für die EU und die USA. Zentralismus leidet an strukturellem Wissensmangel. Zentralistische Zahlen erfassen regelmässig nur einen Bruchteil der Probleme dynamischer Systeme und begünstigen Sympompolitik.

¹⁹ Arnold Kling: Explaining Current Anti-liberalism, 12-17. My theory of the illiberalisms of the left and the right, 17.12.2021 auf Substack.

3. Der Trend zur Politisierung weiterer Lebensbereiche hält unvermittelt an. Inzwischen gehören sogar Meinungsfreiheit («political correctness»), Sprache und Geschlecht («gender»), Rassismus und Identität sowie ein von Nichtregierungsorganisationen und Staatsführungen «genudgter» Lebenspaternalismus dazu.
4. Damit verbunden ist ein Versuch, die bisherigen Spielregeln zu ändern. An die Stelle von Wahrheit soll die richtige Haltung treten. Identität und die Moral einer Gruppe ersetzen Recht.
5. Während die Institutionen der alten Ordnung geschliffen werden, zeichnen sich neue erst in Umrissen ab. Bürokratische Steuerung, politische Lenkung, korrekte Gesinnung, Intoleranz im Namen des einzig Wahren.
6. Katastrophismus in der Übergangszeit ist ein Signum: Klimakrise, Artensterben, Corona-Sterben, Übervölkerung durch Migration, Jahrhundertcrash, Nazis überall.
7. Liberale Erkenntnisse und Perspektiven sowie die Gesetze der Ökonomie spielen in der Politik kaum noch eine Rolle. Liberale Sichtweisen, Prioritäten und Plädoyers werden kaum noch verstanden: freie Meinungsäußerung, Freihandel, freie Märkte gelten vielfach als schädlich. Menschen blicken anders auf die Welt, u. a. identitätspolitisch. Die ökonomischen Gesetze lassen sich indes nicht ausser Kraft setzen und werden daher wieder eine Rolle spielen. Die Inflation ist ein Vorbote.

Halten wir einen Moment inne und betrachten den Zustand der Welt. Bei allen gravierenden Problemen, sind langfristig dramatische Verbesserungen erkennbar, insbesondere seit der industriellen Revolution, die eine institutionelle Revolution war und mit dem Kapitalismus erstmals Wohlstand für eine seitdem exponentiell gewachsenen Bevölkerung gebracht hat. Zu den Besserungen gehören:

1. Niemals zuvor haben Naturkatastrophen so geringe Opferzahlen gefordert wie im 21. Jahrhundert. Die Ursache ist der einzigartige Wohlstand, der schützt.
2. Die Welt bietet immer bessere Lebensbedingungen – nie ging es so vielen Menschen so gut. Das gilt z. B. für Ernährung, Sanitäreinrichtungen und Wasserversorgung, Lebenserwartung, Armut, Gewalt und Alphabetisierung, wenn auch Corona und Corona-Politik zu Rückschritten geführt haben.
3. Die westlichen Gesellschaften sind während Jahrzehnten toleranter geworden. Frauen haben eine weitaus bessere Stellung als noch vor 25 oder 50 Jahren. Homosexualität wird nicht mehr als strafendes Verhalten angesehen.

In den letzten 20 Jahren sind die Möglichkeit, an Wissen zu gelangen und seine Kenntnisse vom Schreibtisch aus zu erweitern, enorm gestiegen. Zugleich kann man, von Lockdowns abgesehen, nahezu die ganze Welt bereisen. Beides erleichtert es, Autoritäten zu hinterfragen.

Gerade deshalb: Stehen Wirtschaft, Gesellschaft und Politik an einer Schwelle zu einer substanziellen Änderung? Komplexe und dynamische Systeme besitzen Kippunkte. Deren Überschreiten kann in eine neue Qualität führen. Ist das für das

hyperinflationierte Finanzsystem nur eine Frage der Zeit oder gelingt den Zentralbanken durch offene Geldentwertung eine Verstetigung? Bei der Digitalisierung scheint es offen und eine Frage des Standpunkts zu sein. Wer im Internet einen grundlegenden Wandel erkennt, wird das auch von der Digitalisierung erwarten. Die politischen Turbulenzen währen schon geraume Zeit. Das gilt u. a. für die Konfliktlinie zwischen Eliten und Bevölkerung, das Thema Populismus eingeschlossen. Zudem zieht eine neue Blockkonfrontation auf zwischen China und den USA.

Insgesamt lässt sich ein politikökonomisches Spannungsfeld ausmachen: eine zunehmende Konfrontation zwischen dem Staat mit seiner Bürokratie, die auf Normierung, Bewahrung des Status quo und die Abwehr von Unbekanntem ausgerichtet ist, und zunehmend dynamischen, internationalen auf Netzwerken beruhenden Märkten sowie sich ausdifferenzierenden gesellschaftlichen Gruppen.

Was bedeutet das für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft? Grundsätzlich gibt es drei Wege:

- Erster Weg: Marktwirtschaft und freie Gesellschaft mit einem Staat, der primär hoheitliche Aufgaben wahrnimmt.
- Zweiter Weg: Sozialismus und autoritäre/totalitäre Gesellschaft mit einem Staat, der das Leben unter den Vorbehalt der Herrschenden stellt.
- Dritter Weg: Marktsozialismus/Soziale Marktwirtschaft als Mischung aus Marktwirtschaft und Etatismus – sowie sozial-demokratische Gesellschaft mit einem Staat, der für dominierende Interessengruppen handelt.

Liberalismus ist eine zeitlose Richtlinie und der erste, beste Weg: die vielfältige, subsidiäre, nonzentrale Lösung komplexer dynamischer Herausforderungen im politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wettbewerb, dem mächtigsten Entdeckungs- und Entmachtungsverfahren.



LIBERALES INSTITUT

Impressum

Liberales Institut
Rennweg 42
8001 Zürich, Schweiz
Tel.: +41 (0)44 364 16 66
Fax: +41 (0)44 364 16 69
libinst@libinst.ch

Alle Publikationen des Liberalen Instituts finden Sie auf
www.libinst.ch.

Disclaimer

Das Liberale Institut vertritt keine Institutspositionen. Alle Veröffentlichungen und Verlautbarungen des Instituts sind Beiträge zu Aufklärung und Diskussion. Sie spiegeln die Meinungen der Autoren wider und entsprechen nicht notwendigerweise den Auffassungen des Stiftungsrates, des Akademischen Beirates oder der Institutsleitung.

Die Publikation darf mit Quellenangabe zitiert werden.
Copyright 2022, Liberales Institut.